

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

XXV/24

Bonn, den 5. Februar 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	<u>Erste sozialpolitische Bilanz</u> Von Walter Arendt, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	79
3	<u>Grüne Versicherungskarte</u> Ärgernis für Europas Autofahrer Von Ludwig Fellermaier, MdB, Mitglied des Europäischen Parlaments	31
4	<u>Kampfansage gegen Rauschgiftsucht in den USA</u> Amerika will Freiheitsrechte einschränken Von Paul Neumüller, New York	31
5 - 6	<u>Schwedens Parteien rüsten zur Reichstagswahl</u> Sozialdemokratie mit junger Mannschaft Von Rudolf Hübner, Stockholm	74

Erste sozialpolitische Bilanz

Von Walter Arendt,
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung

Im Januar lagen 100 Tage hinter der Regierung Willy Brandt. Für eine umfassende Bilanz ist dieser Zeitraum sicher zu kurz; dennoch ist es der Bundesregierung gelungen, Akzente zu setzen, die beispielhaft sozialdemokratische Gesellschaftspolitik kennzeichnen sollen:

Seit dem 22. Oktober 1969 sind Initiativen ergriffen worden, damit

- * die soziale Sicherung ein Stück gerechter,
- * die Arbeitsmarktpolitik in einem wichtigen Punkt effektiver,
- * die Gesellschaftspolitik für den Bürger ein wenig verständlicher

wird.

Als Beweis dafür stehen die sozialpolitischen Vorhaben der Bundesregierung und der sie tragenden Parteien:

1. Der Beitrag der Rentner zu ihrer Krankenversicherung soll nach dem Willen der Bundesregierung beseitigt werden. Eine entsprechende Regierungsvorlage ist dem Parlament bereits zugegangen. Die Regierungsfractionen haben bei der ersten Lesung ihre Bereitschaft erklärt, dieses Vorhaben zu unterstützen. Damit wird von den Rentnern die Last der Rezession genommen, die auf ihnen infolge einer gescheiterten Politik lag. Die Wirtschaftspolitik erlaubt und verpflichtet uns, heute diesen Beitrag wieder wegfallen zu lassen. Wir sind dem Gebot der Gerechtigkeit nachgekommen.

2. Die Kriegsofferrenten werden um 16 Prozent erhöht; die Witwenrenten auf 60 Prozent der Erwerbsunfähigen angehoben, die Geldleistungen der Kriegsofferversorgung jährlich laufend angepaßt. Für 1970 allein bedeutet das einen Mehraufwand von 938 Millionen DM.

Mit der Dynamisierung beginnt ein neuer Abschnitt in der Geschichte der Kriegsofferversorgung, der in seiner Bedeutung noch nicht voll gewürdigt ist. Die bisherige Praxis, die Kriegsofferversorgung nur in unregelmäßigem Abstand und erst nach Protest der Betroffenen zu erhöhen, war nicht nur ungerecht. Sie war unwürdig. Weder sozialpolitisch, noch haushaltspolitisch, noch staatspolitisch hat sie sich bewährt. Deshalb leistet die Dynamisierung der Kriegsofferrenten einen längst fälligen Beitrag zum inneren Frieden vieler Bürger mit unserem Staat. Auch diese jährlich automatische Anpassung ist ein Stück sozialdemokratischer Politik. Von der CDU/CSU war sie nicht zu erwarten.

Die Opposition sah in ihrem Entwurf die automatische Erhöhung der Kriegsopferrenten nicht vor.

Mit der Entscheidung des Bundestages ergeben sich neue Perspektiven: Die Kriegsopfer können sich auf ihre steigenden Bezüge einstellen, die Bundesregierung kann in ihrer Finanzplanung mit bestimmten Größen rechnen, die gefährlichen Sprünge im Bundeshaushalt gehören der Vergangenheit an. Diese Kalkulierbarkeit der Sozialpolitik wird sich fortsetzen, weil nur sie den Menschen auch subjektiv das Gefühl gibt, gesichert zu sein.

3. Bereits im Dezember 1969 hat das Parlament eine wichtige Entscheidung in der Arbeitsmarktpolitik getroffen: die Verbesserung des Unterhaltsgeldes für Teilnehmer an Lehrgängen der beruflichen Fortbildung oder Umschulung. Künftig kann das Unterhaltsgeld mit Familienzuschlägen 95 Prozent des Nettoeinkommens eines verheirateten Arbeitnehmers mit zwei Kindern erreichen. Bei längeren Kursen zieht jetzt das Unterhaltsgeld unter Umständen sogar mit dem Nettoeinkommen gleich. Damit wird der Anreiz zur Teilnahme an beruflichen Bildungsmaßnahmen stärker erhöht als durch viele Propagandamaßnahmen. Von beruflicher Bildung zu reden ist gut. Sie vor finanziellen Nachteilen zu befreien, wie geschehen, ist besser, eindrucksvoller und bringt uns weiter.

4. Der bunte Flickenteppich unserer Sozialpolitik ist für den Bürger immer unverständlicher geworden. Hier gilt es, viele Versäumnisse aufzuarbeiten. Der Bürger wird zwar immer mehr sozial "versorgt"; daß ihn das Gestrüpp des Sozialrechts hilflos macht, daß ihn komplizierte Vorschriften den Experten ausliefern, daran wurde zu wenig gedacht. Die neue Bundesregierung hat bereits die Axt an den Rentenschubengel gelegt. Hat nicht gerade der Beitrag der Rentner zu ihrer Krankenversicherung bei vielen Rentnern Verwirrung und Kopfschütteln ausgelöst? Die Kassenzugehörigkeit ist kompliziert; daß Witwen einen Beitrag zur Krankenversicherung ihres verstorbenen Mannes zahlen sollten, ist niemandem verständlich zu machen. Hier zeigt sich, daß der angebliche Krankenversicherungsbeitrag eine nur dünn verschleierte Rentenkürzung ist. Die Abschaffung des Rentnerkrankenversicherungsbeitrages ist somit ein Beispiel für den Beitrag unserer Politik nicht nur zur Klarheit, sondern zur Wahrheit.

Die ersten 100 Tage haben Akzente gesetzt. Viele Monate harter Arbeit liegen noch vor uns. Unsere Phantasie, unser Engagement und unser Mut werden auch in den nächsten 1.000 Tagen noch manche Probe bestehen müssen.

+ + +

Grüne Versicherungskarte

Ärgernis für Europas Autofahrer

Von Ludwig Fellermeier, MdB,
Mitglied des Europäischen Parlaments

Die Grüne Versicherungskarte für Autofahrer wird allmählich zum ständigen Ärgernis in Europa. Vor Beginn der diesjährigen Hauptreisezeit fragen sich wieder Millionen von Autofahrern, wann endlich verachteten EWG-Länder auf das Mitführen der Grünen Versicherungskarte beim Grenzübertritt?

Während die Bundesrepublik mit fernen Ländern im Vorderen Orient, in Afrika und im Ostblock durch bilaterale Verträge den Fortfall der Grünen Karte erreichen konnte, gibt es innerhalb der EWG immer noch diese Barrieren. So muß bei Reisen mit dem Kraftwagen nach Frankreich die Grüne Versicherungskarte immer noch mitgeführt werden. Eine Regelung mit Italien scheitert daran, daß es bislang für italienische Autofahrer noch keine gesetzliche Haftpflichtversicherung gibt. Ein entsprechender Gesetzentwurf der italienischen Regierung liegt zwar seit langem im Parlament in Rom, die Verabschiedung ist aber bisher nicht abzusehen.

Auch die Brüsseler EWG-Kommission schiebt die gemeinschaftliche Lösung dieses Problems vor sich her. Zwar hat die Kommission im Sommer 1969 auf eine sozialdemokratische Parlamentsanfrage erklärt, "die Arbeiten der Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedsstaaten auf diesem Gebiet rasch zum Abschluß zu bringen, um dem Ministerrat vor Ende der Übergangszeit angemessene Vorschläge übermitteln zu können". Seitdem ist in Brüssel jedoch sehr sehr wenig geschehen. Zwar gab es Verhandlungen auf Beamtenebene. Ein notwendiger Richtlinienvorschlag der Kommission an Ministerrat und Europäisches Parlament ist jedoch immer noch in weiter Ferne.

Die EWG-Kommission muß sich deshalb fragen lassen, ob es mit der Zielsetzung der Römischen Verträge noch übereinstimmt, wenn seit Jahren einzelne Mitgliedsländer wie die Bundesrepublik wesentlich liberalere Regelungen zur Abschaffung der Grünen Versicherungskarte mit einer großen Zahl von Drittländern vereinbaren konnten als es in der Sechsergemeinschaft bisher leider der Fall war.

Kampfansage gegen Rauschgiftsucht in den USA

Amerika will Freiheitsrechte einschränken

Von Paul Neumüller, New York

Ein altes englisches Sprichwort "my home ist my castle" - mein Heim ist meine Burg - und damit der alte Traditionsgrundsatz der Unantastbarkeit der Privatwohnung, scheint künftig in dem sonst so sehr auf Demokratie bedachten Amerika nicht mehr zu gelten. Im Zuge der Rauschgiftbekämpfung hat der amerikanische Senat mit 82 gegen 0 Stimmen, d.h. einstimmig, ein Rauschgiftbekämpfungs- und Strafgesetz beschlossen, das unter anderem auch vorsieht, daß die Bundespolizei (F.B.I.) berechtigt ist, ohne jede Vorwarnung, notfalls sogar mit Gewalt, und ohne richterlichen Durchsuchungsbefehl, Wohnungs- und Büroräume zu durchsuchen, wenn der Verdacht besteht, daß anderenfalls Rauschgift vernichtet werden könnte.

Nun kann man gegen eine solche gesetzliche Regelung geteilter Meinung sein und auch unterschiedlich interpretieren, aber die Tatsache, daß man sich zu solchen Maßnahmen entschließen will, ist ein alarmierendes Zeichen dafür, daß man offensichtlich keinen anderen Weg mehr sieht, die Rauschgiftsucht unter Kontrolle zu bekommen.

Dementsprechend hoch sind auch die vorgesehenen Strafen. Allein schon der Besitz von Rauschgift wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr oder mit 5.000 Dollar Geldstrafe geahndet. Professionelle Rauschgift Händler können sogar mit einer lebenslänglichen Gefängnisstrafe und einer zusätzlichen Geldstrafe bis zu 100.000 Dollar rechnen.

Es bleibt abzuwarten, ob die vorgesehenen scharfen Strafmaßnahmen geeignet sind, die Rauschgiftsucht künftig wirksamer bekämpfen zu können. Kriminalisten, Ärzte und Soziologen sind teilweise nicht der Meinung, wie der demokratische Fraktionsvorsitzende Senator Mansfield, der dem Gesetzentwurf die Note "excellent" verliehen hat.

Es ist erstaunlich, daß die vorgesehenen Bestimmungen in der Öffentlichkeit bisher kaum auf Kritik gestoßen sind. Die große Bedeutung der Strafrechtsänderung hat die "New York Times" insofern gewürdigt, als sie auf der Titelseite die Entscheidung des Senats bekanntgab, jedoch ohne eigenen Kommentar.

Schwedens Parteien rüsten zur Reichstagswahl

Sozialdemokratie mit junger Mannschaft

Von Rudolf Hübner, Stockholm

Im September 1970 sind in Schweden Reichstagswahlen. Fortan wird der Reichstag nur aus einer Kammer mit 350 Abgeordneten bestehen. Gleichzeitig werden die Mitglieder der Gemeinde- und Provinz-Vertretungen gewählt. Alle diese Körperschaften werden von dann an - jeweils gleichzeitig - alle drei Jahre neugewählt. Politische Veränderungen in der Wählerschaft werden sich daher in Zukunft immer sofort in allen diesen Institutionen auswirken. Bisher dagegen sind Zeitpunkt und Prozedur bei den Wahlen in die erste und die zweite Kammer des Reichstags verschieden gewesen und die Gemeinde- und Provinzwahlen haben jeweils zwischen den Wahlen in die zweite Kammer des Reichstags stattgefunden. Die Wahlergebnisse hatten daher bisher zeitlich und institutionell immer nur begrenzte Auswirkungen. Die September-Wahlen werden eine ganz andere Breitenwirkung haben.

Olof Palme an der Spitze

Die sozialdemokratische Partei trägt seit mehr als 30 Jahren die Regierungsverantwortung. Sie hat sich während der letzten Jahre erstaunlich verjüngt und in der Zielsetzung erneuert. Nach einer Niederlage bei den Gemeinde- und Provinzwahlen im Jahre 1966 hat sie 1968 unter der Führung des althergebrachten Tage Erlander bei den letzten Wahlen für die zweite Kammer des Reichstages einen überwältigenden Sieg und die absolute Mehrheit sowohl in der Wählerschaft als auch in der zweiten Reichstagskammer errungen.

Vorigen Herbst hat Tage Erlander als Parteivorsitzender und Regierungschef demissioniert. Sein Nachfolger wurde der junge Olof P. a. l. m e. Er ist wie sein Vorgänger Akademiker, ein klarer Analytiker und hervorragender Redner. Lange Zeit galt er als besonders radikal. Als Erziehungsminister führte er eine Schulreform durch, welche für die Jugend- und Erwachsenen-Ausbildung ganz neue Grundlagen schuf. Seine Stellungnahme gegen das amerikanische Engagement in Vietnam ist in Schweden und im Ausland viel diskutiert worden. Er wurde in den USA sehr angefeindet; unmittelbar nach seinem Amtsantritt stellte Palme sich im Fernsehen seinen Widersachern und vertrat seine Auffassung, die von einer starken Mehrheit des schwedischen Volkes geteilt wird, so gut, daß ihm auch seine politischen Gegner in Schweden die Anerkennung nicht versagen konnten.

Führungsrolle der Sozialdemokratie

Erlander hatte das Ansehen eines Landesvaters im besten Sinne des

Wortes. Palme ist kein "Landesvater", aber er hat alle Voraussetzungen zu einem großen Staatsmann. Mit ihm rückte eine brillante Generation junger Sozialdemokraten in Führungsstellen auf. Nach dem Führungswechsel erwartete man mit Spannung die Ergebnisse der jüngsten politischen Meinungsumfragen. Zwei solche Umfragen im Dezember 1969 ergaben, daß die Sozialdemokraten ihre absolute Mehrheit gut gehalten haben.

Große Aufklärungsaktion

Die Sozialdemokraten werden den Wahlkampf unter der Gleichheitsparole führen. Der Begriff "Gleichheit" ist in einer landumfassenden Serie von Arbeitsgemeinschaften der Partei und des Gewerkschaftsbundes erörtert worden. Die Aussprachen resultierten in einer Reihe von Parteitage-Beschlüssen, die nun ihren ersten Niederschlag in der kürzlich präsentierten Staatsbudget-Vorlage gefunden haben und die eine Steuerreform, die demnächst beschlossen werden soll, wesentlich beeinflussen werden.

Staatsbudget und Steuerreform eines modernen Industriestaates sind für die meisten Menschen schwer zu verstehen. Die sozialdemokratische Partei hat daher unmittelbar nach Vorlage des Staatsvoranschlages eine breitangelegte Aufklärungsaktion eingeleitet. Sie begann mit einer zweitägigen Konferenz unter Leitung des Ministerpräsidenten Palme und des Finanzministers S t r ä n g; anschließend wurden 1.500 Distriktsvertrauensleute in Tagungen in verschiedenen Städten eingehend informiert, die ihrerseits nun überall im Lande die etwa 150.000 Wahlhelfer der Partei aufklären. Man rechnet damit, daß sich die Zahl der direkten Wahlhelfer bis August auf etwa 200.000 erhöhen wird.

Die Oppositionsparteien

Keine der anderen Parteien kann eine ähnliche Organisationsleistung hervorbringen. Die liberale Volkspartei - und in etwas geringerer Masse die Moderate Partei (Konservative) - stützen sich auf die Beherrschung der Presse. Die Zentrumspartei (früher Landwirte) vertraut auf die Popularität ihres Parteiführers H e d l u n d. Die Liberalen haben in dem jungen H e l é n einen tüchtigen neuen Parteiführer gewählt. Die Kommunisten leiden an inneren Gegensätzen.